

Wir verdienen mehr!

Kollektivvertragsverhandlungen. Ein Abschluss ist ein Abschluss ist ein Abschluss

Wir hatten uns mehr erwartet! Die Ergebnisse sind bekannt – bei den Gehältern können wir nicht gerade jubeln. In einer Branche, in der wir Beschäftigten um ca. 17% unter dem Durchschnittseinkommen liegen, ist mehr notwendig, um diese Differenz zu verringern. Dazu sind Abschlüsse erforderlich, die über allen anderen Branchen liegen, so dass diese 17% nicht schnell noch mehr werden.

Auch während der heurigen Kollektivvertragsverhandlungen haben viele tausend KollegInnen auf Betriebsversammlungen und Demonstrationen bewiesen, dass sie bereit sind, für höhere Gehälter und besser Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Doch zwischen den Zeilen – und nicht nur dort – haben die CheflInnen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass ihnen die Demos nicht wehtun, solange in den Betrieben gleichzeitig alle erforderlichen Leistungen erbracht werden. Das muss sich in Zukunft also ändern.

Und dazu brauchen wir vor dem nächsten Mal eine Eskalationsstrategie, die keinesfalls auf halber Strecke endet – unter Einbindung aller KollegInnen. In Anbetracht der für den Öffentlichen Dienst beschlossenen Nulllohnrun-

de werden die nächsten Kollektivvertragsverhandlungen für uns sicherlich härter als alles, was wir bisher erlebt haben.

Zu hinterfragen ist auch, dass nur die CheflInnen Ziel unserer Aktionen sind, was in der profitorientierten Privatwirtschaft vollkommen berechtigt ist. Denn unsere CheflInnen haben gar nicht genug Geld, um uns ordentlich zu bezahlen. Sie müssen ihrer Verantwortung nachkommen und die erforderlichen Mittel bei der Politik durchsetzen, statt nur deren BotInnen zu sein.

Nur von dieser kann eine ausreichende Finanzierung kommen – sie entscheidet letztlich über unsere Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir Beschäftigten müssen also gewerkschaftlichen Druck auf die ArbeitgeberInnen und gleichzeitig auf die politischen EntscheidungsträgerInnen ausüben. Betrieblicher Kampf kombiniert mit öffentlichkeits- und medienwirksamen Aktionen wie Mahnwachen oder Bürobesetzungen bei PolitikerInnen nach dem Motto „X ist dafür verantwortlich, dass heute weder ältere Menschen gepflegt noch Behinderte betreut werden“ ... wären medienwirksam und tun ihnen weh – die nächste Wahl kommt ganz bestimmt.



Nein zur Schuldenbremse – Kampfmaßnahmen gegen Einsparungen vorbereiten

Bei einer Versammlung vor Wirtschaftsvertretern skizzierte Finanzministerin Fekter ihre Sparpläne für den Fall, dass die Schuldenbremse in der Verfassung verankert wird. Unter anderem sieht sie Einsparungspotential durch „Eindämmung der Frühpensionen, Beseitigung des Förderdschungels, Senkung der (Personal-)Kosten in den Schulen, Kostensenkungen bei den ÖBB und Reformen bei den Spitälern“. Wir wissen, was das wirklich bedeutet: Die Regierung wird in den

kommenden Monaten versuchen, die Spekulanten an den Finanzmärkten durch drakonische Einsparungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, bei den Pensionen und dem öffentlichen Verkehr ruhig zu stimmen. Die GPA-djp Jugend Salzburg erklärt, dass sie sich dieser kapitalistischen Logik nicht beugt und es notwendig ist, schon jetzt Kampfmaßnahmen dagegen vorzubereiten.

Uns ist ein gutes Leben für ArbeiterInnen, Angestellte, Jugendliche und

PensionistInnen wichtiger als der Erhalt dieses ausbeuterischen Systems.

Wir fordern auch alle GewerkschaftsvertreterInnen im Parlament dazu auf, gegen die Schuldenbremse und gegen jegliche Einsparungen in oben genannten Bereichen zu stimmen, auch wenn diese zusammen mit Vermögenssteuern oder ähnlichem schmackhaft gemacht werden sollten.

Resolution der GPA-djp Jugend Salzburg von November 2011

Die neue Broschüre der work@social

Unsere Interessen als Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitsbereich werden wir nur dann erfolgreich durchsetzen bzw. verteidigen können, wenn wir solidarisch denken und handeln. Die Grundprobleme sind schließlich auch die gleichen – egal wo und in welchem Beruf wir arbeiten.

Voraussetzung für das Funktionieren der vielfältigen Instrumente der Beschäftigten – eben **„Die ganze Palette... Vom Gespräch bis zum Streik“** – die

in der Broschüre im Überblick und mit Beispielen dargestellt werden, bleibt das Engagement der Kolleginnen und Kollegen und ihrer Betriebsräte in den einzelnen Betrieben, das Wahrnehmen eigener Interessen durch gemeinsames Entwickeln von Aktivitäten und Tun sowie der vereinte Aufbau einer Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit für den Konfliktfall.



Denn nur gemeinsam sind wir stark!

Bestellungen unter: gabriele.papp@gpa-djp.at

work@social – was tun die da?

Es wird heiß diskutiert: „Willst du den Text für die Broschüre wirklich so betiteln?“ „Wer fällt euch sonst noch ein für die Diskussionsrunde?“ „Wir sollten in der Wandzeitung echt mal den psychischen Druck thematisieren!“ „Was halten wir vom Sparpaket?“ „Gibt es bei euch im Betrieb auch schon zu wenig Personal, unzureichende Nachhbesetzungen, unbezahlte Überstunden oder gar Änderungskündigungen?“

Die Themen geben wir uns selbst vor, Vorhaben und Projekte werden gemeinsam geplant. Klar ist: Unsere Zielgruppe sind – wie alle Regionalausschussmitglieder – Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitsbereich. Unser Ziel: Die bereichsübergreifende gewerkschaftliche Arbeit im sozialen Sektor – aber vor allem auch gemeinsam agieren. Und wir fordern Anerkennung des gesellschaftlichen Werts unserer Arbeit – ein warmer Händedruck genügt uns nicht!

Wenn du selbst aktiv werden willst, dann melde dich unter birgit.ivancsics@gpa-djp.at.